



Erfolgreich vor Ort

Erwartungen der
hessischen Wirtschaft an
die Kommunalwahl in
Hessen 2021

10 |

Personenverkehr

Mit Digitalisierung für mehr individuelle Mobilität sorgen

Auto nicht verteufeln

Die hessischen Unternehmen haben ein hohes Interesse daran, dass ihre Beschäftigten gut und zügig zur Arbeit kommen. Deshalb ist Personenverkehr auch ein wichtiger Aspekt der Fachkräftesicherung. Der motorisierte Individualverkehr entwickelt sich rasant: Neue Antriebe, neue Kraftstoffe, neue Formen der Organisation von Mobilität haben sich entwickelt. Ökologische Anforderungen erzwingen drastische Änderungen bei Technik und Emissionen. Dabei ist klar: Der Pkw dürfte auf lange Sicht die Nr. 1 im Personenverkehr bleiben. Unklar ist, welche Techniken sich durchsetzen, um Abgase, Lärm und Ressourcenverbrauch zu reduzieren. Kommunalpolitiker sollten diesen Megatrend akzeptieren und so weit wie möglich technologieoffen bleiben. In wirtschaftsstarken Städten müssen die Pendlerströme, die mittelfristig mangels ausreichendem ÖPNV-Angebot fortbestehen, besser gesteuert werden. Innenstädte und Gewerbegebiete müssen mit dem Auto gut erreichbar bleiben.

Intermodalität im Nahverkehr fördern

Die kombinierte Nutzung mehrerer Verkehrsmittel (Auto, Bus, Bahn, Rad, ...) ist oft die beste Möglichkeit, um zeitsparend zum Ziel zu gelangen. Doch werden Bürger dabei oft mit unnötig vielen Zahlungsvorgängen konfrontiert. Das müssen Verbände und Kommunen mit Hilfe digitaler Technik vereinfachen. Der Online-Kauf von Fahrkarten darf nicht mit Zusatzkosten verbunden sein und nicht an Funklöchern scheitern. Kommunalpolitiker sollten in den Verkehrsverbänden, die sie beaufsichtigen, dafür sorgen, dass diese noch stärker Intermodalität ermöglichen.

ÖPNV: Angebote ausweiten statt Ticketpreise senken

Die Bus- und Bahn-Angebote im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) in Ballungsräumen reichen nicht aus. Trotz großer Verbesserungen in den Verbänden RMV, NVV und VRN sind sie bzgl. Netzzumfang, Taktung und Qualität vielfach zu gering. Ebenso weisen die lokalen ÖPNV-Angebote Defizite auf. Damit mehr Bürger vom Pkw auf den ÖPNV umsteigen, müssen die Angebote bei Bussen und Bahnen nicht verbilligt, sondern ausgeweitet und verbessert werden. Es geht um mehr und bessere, nicht um billigere Angebote! Die Kosten für mehr ÖPNV-Angebote dürfen nicht allein von der öffentlichen Hand finanziert werden, sondern sind auch von den Nutzern zu tragen.

Konzessionen von Busverkehren: Faire Ausschreibungen nötig

Die Praxis vieler Kommunen, Aufträge direkt und ohne Ausschreibung an ihre kommunalen Betriebe zu vergeben, verschließt den Markt für private Anbieter, gerade für die mittelständischen Busunternehmen. Statt mit Direktvergaben kommunale Betriebe zu privilegieren, sollten die Kommunen die Konzession für Buslinienverkehre stets auch so ausschreiben, dass private Anbieter faire Chancen haben. Zudem sollten die Kommunalpolitiker darauf drängen, dass das Land den Verbänden mehr Mittel für den ÖPNV bereitstellt. Denn sonst wird es für die Busunternehmen schwierig, ausreichende Löhne für Busfahrer zu zahlen und somit genügend Busfahrer zu finden.

Verkehrstelematik ausbauen

Die kommunalen Parlamentarier müssen in verkehrsreichen Orten und Landkreisen die Verkehrstelematik ausbauen, um die Verkehrsflüsse zu optimieren und Staus und Unfälle zu verringern. Die Steuerung der Verkehrsflüsse durch digital gestütztes intelligentes Verkehrs-, Mobilitäts- und Baustellenmanagement durch die Straßenverkehrsbehörden muss weiter modernisiert werden.

Informationssystem bei ÖPNV-Störungen verbessern

Ausfälle und Verzögerungen von Fahrten durch technische Störungen, Hindernisse, Baustellen oder Streiks sind ärgerlich für die ÖPNV-Nutzer, gerade für die Pendler. Hier sind die Betreiber des Nahverkehrs in der Pflicht, umfassend über Alternativen zu informieren. Dabei sind die großen Chancen der Digitalisierung zu nutzen. Zudem müssen die zuständigen kommunalen Behörden in vielen Orten besser als bisher ein umfassendes Baustellenmanagement gewährleisten, das den ausfallenden Nahverkehr nicht nur verlagert, sondern in den bestehenden Verkehr integriert.

Sharing-Dienste: Als Ergänzung zum Nahverkehr ermöglichen

Ein Aspekt zur Entlastung des Personenverkehrs ist die Auslastung der Fahrzeuge. Ein Lösungsansatz können neue Formen der Mobilität wie Carsharing, Carpooling oder Ridesharing sein. Gleichzeitig ergänzen diese Angebote den Nahverkehr. Die kommunalen Parlamentarier und die Straßenverkehrsbehörden sind aufgefordert, die notwendigen Rahmenbedin-

gungen für innovative Mobilitätsangebote zu schaffen, beispielsweise durch Bereitstellung von Carsharing-Stellplätzen im öffentlichen Straßenraum oder durch Starthilfe für ein erstes Carsharing-Angebot. Dabei ist im Rahmen der Bundesgesetzgebung zu gewährleisten, dass weder Taxi-Dienste noch neue Anbieter bevorzugt oder benachteiligt werden. Auch die Kommunalpolitiker müssen für fairen Wettbewerb vergleichbarer Mobilitätsangebote sorgen.

Ländliche Gebiete: Anruftaxen und Bürgerbusse unterstützen

Insbesondere in dünn besiedelten Regionen rentiert sich der eigenwirtschaftliche Verkehr nicht. Nötig sind innovative Bedienformen wie Anrufsammeltaxen oder die Unterstützung von Bürgerbusvereinen. Noch mehr als in Städten wird hier das Auto das wichtigste Verkehrsmittel bleiben.

Parken: P&R-Plätze ausbauen, Parkraum effizient gestalten

Park- und Ride-Plätze unterstützen den Umstieg vom Individualverkehr auf öffentliche Verkehre. Der Ausbau der P&R-Plätze sollte auf unterschiedliche Verkehrsmittel wie Pkw, Elektroauto, Rad, E-Bike, E-Scooter ausgelegt sein und interkommunal erfolgen. Wo noch nicht vorhanden, müssen in den Innenstädten moderne Parkleitsysteme gewährleisten, dass freier Parkraum rasch gefunden wird.